

Mit uns in Bayern für mehr Rechte und Verantwortung der Bürger

**Programm der Bayerischen SPD
zur Landtagswahl
1982**



In der vom Landesparteitag am 10. 1. 1982
verabschiedet vom 32 a. o. Landesparteitag in Schweinfurt
am 12. 6. 1982

Inhalt

	Seite
Die Herausforderungen unserer Zeit	3
I. Für Bayern – unsere Heimat	5
II. Für die Freiheitsrechte der Bürger – Gegen Machtmißbrauch und Intoleranz	7
III. Für sichere Arbeitsplätze und mehr Rechte am Arbeitsplatz	10
IV. Für die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen – Umweltschutz	14
V. Für die Gleichberechtigung von Mann und Frau	17
VI. Für eine menschliche Schule und bessere Ausbildung – für Bayern als Kulturstaat	19
VII. Für die Zukunftschancen der Jugend – Neue Wege in der Jugendpolitik	24
VIII. Für mehr Mitbestimmung in Staat und Gemeinden	26
IX. Für bezahlbare Wohnungen – Für ein soziales Bodenrecht	28
X. Für Bayern als Teil der Bundesrepublik und Europas	31



C 82 1246

Die Herausforderungen unserer Zeit

Sozialdemokratische Landespolitik in Bayern ist ein Teil der Gesamtpolitik der deutschen Sozialdemokratie. Sie orientiert sich an den Zielen und Wertvorstellungen des freiheitlichen und demokratischen Sozialismus, wie er im Godesberger Programm und im Orientierungsrahmen für die achtziger Jahre beschrieben ist.

Wir Sozialdemokraten haben in Bayern eine entscheidende Aufgabe. Wir sind und bleiben das soziale und freiheitliche Gewissen dieses Landes.

Wir treten ein für mehr Freiheit und Selbstverantwortung, für mehr Rechte des Bürgers in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, für Chancengleichheit und Gleichberechtigung, für mehr Toleranz und Mitmenschlichkeit, für sichere und humane Arbeitsplätze und für eine lebens- und liebenswerte Umwelt. Unser leidenschaftlicher Widerstand gilt allen Erscheinungsformen obrigkeitstaatlichen Denkens, der Intoleranz und der Gleichgültigkeit gegenüber einzelnen und Minderheiten, der offenen und versteckten Unterdrückung, der Anmaßung und der Arroganz der Macht, der Gewalt und des Terrors.

Wir wollen ein Bayern, das selbstbewußt und partnerschaftlich, festverwurzelt in bewährten Traditionen und zugleich offen gegenüber dem Fortschritt seine Aufgabe innerhalb der Bundesrepublik erfüllt. Bayern braucht deshalb eine starke Sozialdemokratie. Ohne uns wäre vieles anders und vieles schlechter in Bayern.

Die Probleme der Landespolitik werden von den großen und bewegenden Fragen unserer Zeit überlagert und überschattet. Dies hindert uns nicht daran, unsere Aufgabe in Bayern zu erfüllen, so wie wir unseren Beitrag leisten, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bestehen.

Wir verstehen die Ängste der Menschen, die sich um den Frieden sorgen. Ihre Ängste sind auch unsere eigenen. Der sinnlose Rüstungswettlauf der Weltmächte gefährdet den Frieden. Es ist wichtig, daß Menschen dagegen aufbegehren. Wir begrüßen daher die Friedensbewegung ausdrücklich und wenden uns mit Entschiedenheit gegen jede Verketzerung von Friedensbewegungen, im Westen wie im Osten. Die Ängste der Menschen werden nur geringer werden, wenn es gelingt, die Vernichtungswaffen in beiden Teilen der Welt abzubauen.

Wir sind der Entspannungspolitik verpflichtet. Diese Politik hat unbestreitbare Erfolge erzielt – vor allem in der Sicherung der Lebensfähigkeit Berlins und der Verbesserung der menschlichen Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands. Für Bayern als Bundesland mit einer Grenze zu DDR und ČSSR ist die Entspannungspolitik besonders bedeutsam. Abrüstungs- und Entspannungspolitik gehören zusammen. Die Bereitschaft zur Entspannung zeigt sich in der Fähigkeit zur kontrollierten Abrüstung. Entspannungspolitik ist kein Instrument der ideologischen Kriegsführung. Deshalb fordern wir auch eine stärkere Förderung der Friedensforschung und unterstützen alle Bestrebungen für Abrüstung und ein kernwaffenfreies Europa.

Wir werden uns mit Hunger, Not und Elend in der Welt nicht abfinden. Wer nicht alles tut, um den Hunger zu bekämpfen, stattdessen neue und immer schrecklichere Waffen produziert, handelt verantwortungslos den Völkern gegenüber, die in Not und Elend leben, aber auch am eigenen Volk.

Der Frieden kann auf Dauer nur gesichert werden, wenn der Hunger in der Welt besiegt wird.

Die Verantwortung der heutigen Generation ist groß. Rohstoffe werden immer knapper, die Gefährdung der Natur und Umwelt immer größer. Der bequeme Weg, durch Wirtschaftswachstum soziale Probleme zu lösen, wird uns mehr und mehr versperrt. Solidarität im eigenen Land und erst recht gegenüber den armen Völkern wird zur entscheidenden Frage. Die Zeit läuft uns davon. Was wir nicht bald an Problemen lösen können, wird später um so schwerer und schmerzlicher gelöst werden müssen.

Wir wissen, daß viele Menschen in unserem Land, über unsere Wähler hinaus, in diesen Lebensfragen genauso denken wie wir. Sie zweifeln allerdings nicht selten an der Politik schlechthin, weil die Probleme so schwierig und Lösungen so schwer zu finden sind. Einige versuchen, vor den Problemen davonzulaufen und aus der Gesellschaft auszusteigen. Manche fragen sich resigniert, ob sie selbst überhaupt etwas tun können. Andere überschätzen die Wirkung ihrer Handlungen, wenn sie sich politisch bedeutungslosen kleinen Gruppen anschließen.

Auch wir Sozialdemokraten sind oft bestürzt über die geringen Fortschritte in der Abrüstung, im Nord-Süd-Ausgleich und in der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in der Welt. Wir sind oft darüber bestürzt, wie schwer es ist, gegen Egoismus und Machtdenken derer anzukämpfen, die Fortschritt verhindern. Aber wir Sozialdemokraten nehmen die Herausforderungen an. Wir kämpfen für Frieden in der Welt, für die Lebenschancen kommender Generationen, für einen gerechten Anteil aller am Wohlstand unserer Gesellschaft, für demokratische und solidarische Lösungen unserer Probleme.

I. Für Bayern – unsere Heimat

Sozialdemokraten und Gewerkschafter, Männer und Frauen, haben in Bayern zusammen mit ihren Freunden in anderen deutschen Ländern in mehr als einhundertjährigem Kampf die bürgerlichen Freiheiten, die Rechte am Arbeitsplatz, den Lebensstandard und die soziale Sicherheit errungen, die alle Bewohner unseres Landes heute als selbstverständlichen Besitzstand betrachten. Sozialdemokraten und Gewerkschafter haben nach dem Ende des faschistischen Regimes unser bayerisches Heimatland, seine Wirtschaft und seine Städte zusammen mit anderen wieder aufgebaut. Der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, der mutig und unerschrocken gegen die Nationalsozialisten gekämpft hat, gestaltete entscheidend die neue Bayerische Verfassung, die von den Grundwerten der Demokratie und Humanität geprägt ist.

Der organisierte Kampf der Arbeiterschaft um bürgerliche Rechte und Freiheiten, um soziale Sicherheit und um Teilhabe an Bildungsmöglichkeiten und kulturellem Leben hat sich in Bayern in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts auf breiter Ebene entfaltet. In vielen Städten, so in Augsburg und München, in Regensburg und Rosenheim, in Nürnberg und Fürth, in Würzburg und Bamberg, in Bayreuth und Hof wurden gewerkschaftliche und sozialdemokratische Vereine gegründet. Diese nahmen sich auch der Interessen der ländlichen Bevölkerung an. 1892 entstand der Landesverband der bayerischen SPD unter Georg von Vollmar. Eine politisch sehr erfolgreiche Arbeiterbewegung haben auch die Sudetendeutschen hervorgebracht, die später, nach der Vertreibung aus ihrer Heimat, zum „vierten bayerischen Volksstamm“ geworden sind.

Von Anfang an war der Kampf um die Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Schichten zugleich ein Kampf um bessere Bildung und Ausbildung sowie ein Kampf um die Teilhabe an den vielfältigen kulturellen Werten und Traditionen unseres Landes. Während die Konservativen an der geistlichen Schulaufsicht festhielten, eine bessere Lehrerbildung verhindern und das 1856 eingeführte 7. Schuljahr wieder abschaffen wollten, setzte sich die bayerische Sozialdemokratie unablässig für eine bessere Allgemeinbildung ein. So beantragte der Nürnberger Abgeordnete Karl Grillenberger mit der SPD-Fraktion 1894 im Bayerischen Landtag die Einführung des 8. Schuljahres. Im Kampf für die Demokratie waren Bayerns Sozialdemokraten vorbildlich. In Bayern wurde die Monarchie am 7.11.1918 abgeschafft; Kurt Eisner verkündete den freien Volksstaat Bayern.

Stets traten Sozialdemokraten und Gewerkschafter auch für die Rechte und die Gleichstellung der Frauen ein. Zahllose Frauen haben ihren Beitrag im Kampf der Arbeiterbewegung geleistet. Stellvertretend erinnern wir an die Reichstagsabgeordnete der SPD Toni Pfülf, die leidenschaftlich gegen Hitler und sein Ermächtigungsgesetz kämpfte.

Wir bayerischen Sozialdemokraten wissen, daß in unserem Heimatland viele unterschiedliche Traditionen vorhanden sind, darunter auch obrigkeitsstaatliche, antidemokratische und menschenfeindliche. Wir denken an die jahrhundertelange Unterdrückung, an Elend und Not, an politische und geistige Ent-

mündigung des größten Teils der Bevölkerung, an Verbrechen der Freikorps nach dem Ende des 1. Weltkriegs und an den ideologischen Hintergrund ihrer Führer.

Wir denken an die Politik der Bayerischen Volkspartei (BVP), die in der Zeit der Weimarer Republik den Freistaat zur freiheitsfeindlichen „Ordnungszelle Bayern“ umgestaltete.

Wir wissen, daß viele Politiker der BVP in der späteren CSU ihre neue politische Heimat gefunden haben; und wir stellen immer wieder fest, daß viele ihrer damaligen politischen Überzeugungen auch heute noch ungebrochen fortbestehen.

Unser bayerisches Heimatland hat aber auch andere Traditionen:

Es hat freiheitliche und demokratische Traditionen, die weit in die Geschichte zurückreichen. Vor mehr als 500 Jahren, nämlich durch die Reformatio Sigismundi im Jahre 1476, wurde die Leibeigenschaft abgeschafft.

Viele unserer Städte können auf eine vielhundertjährige freiheitliche Tradition zurückblicken.

Ebenso hat die Landbevölkerung ihre freiheitlichen Traditionen, etwa das bäuerliche Revolutionsmanifest der Zwölf Artikel der Memminger Christlichen Vereinigung von 1525 oder entschlossene Bauernführer wie die Gebrüder Gandorfer.

Die stärkste Stütze der freiheitlichen Tradition in Bayern ist die Arbeiterbewegung. Sie hat in den Jahren vor 1933 gegen Adolf Hitler, seine Gefolgsleute und seine Hintermänner wie heimlichen Gönner gekämpft und sich der NS-Machtergreifung und dem sogenannten Ermächtigungsgesetz widersetzt. Der Widerstand aus der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus bleibt für uns Auftrag.

Wir bayerischen Sozialdemokraten stehen in der Verpflichtung Waldemar von Knoeringens, dessen Gedanken zur Lösung der Zukunftsprobleme und dessen Bereitschaft und Aufforderung zum Gespräch mit dem Bürger für uns heute ebenso aktuell sind wie zu seinen Lebzeiten.

Wir bayerischen Sozialdemokraten kämpfen gegen eine engstirnige CSU. Wir wissen uns im Einklang mit den profilierten Kritikern der bayerischen Reaktion, des Obrigkeitsstaates und des Muckertums, mit Lion Feuchtwanger und Bert Brecht, mit Erich Kästner, Oskar Maria Graf, Lena Christ und vielen anderen. In ihrer Tradition kämpfen wir für den Ausbau des Freistaats zum demokratischen Kulturstaat.

II. Für die Freiheitsrechte der Bürger – Gegen Machtmißbrauch und Intoleranz

Waltraud M., Kleinstadt in Obb.:
„Bei uns gibt es keinen Betriebsrat.
Das traut sich keiner, weil alle um
den Arbeitsplatz fürchten.“

Klaus P., Gewerkschafter, Mitglied
der SPD:
„Ich bin eines jener SPD-Mitglieder,
die in Bayern seit Jahren von der
CSU-Praxis des Radikalenerlasses
betroffen bzw. bedroht sind. Um
meine Ausbildung als Lehrer be-
enden zu können, mußte ich gegen
den Freistaat 4 Prozesse führen, die
ich alle gewonnen habe. Obwohl es
während meiner Ausbildung
keinerlei Beanstandungen gab und
mir vom höchsten Bayerischen
Verwaltungsgericht bescheinigt
wurde, daß die Zweifel an meiner
Verfassungstreue unbegründet
sind, wurde mir eine Weiterbe-
schäftigung verweigert.“

Der Ministerialbeauftragte für Mit-
telfranken gab in Nürnberg einer
Schule die Anweisung, Dis-
kussionen über die Nürnberger
Massenverhaftung zu unterbinden,
weil das Thema augenscheinlich
der CSU an Gymnasien nicht
genehm war.

Die Richtung ist im CSU-Organ
„Bayernkurier“ angegeben:
„Unerlässlich ist die Entwicklung
eines neuen Selbstverständnisses
der in den Anstalten tätigen Journa-
listen..., nicht auf die journalistische
Meinungsfreiheit zu pochen, son-
dern freiwillig sich den geschriebe-
nen und ungeschriebenen
Verpflichtungen zu unterwerfen...“
(Bayernkurier 27. 9. 75).

1980 wollte die CSU-Staatsregie-
rung den ARD-Vertrag kündigen,
weil die Berichterstattung über den
Weltwirtschaftsgipfel in Venedig ihr
nicht ins Wahlkampfkonzept paßte.
Im Herbst 1981 wurde vom BR im
Gegensatz zu anderen Fernseh-
anstalten die Filmserie „Der unver-
gessene Krieg“ nicht übernommen.
Man schreibt in Bayern dem Bürger
vor, was er sehen darf und was
nicht.

Die CSU fordert den Privatfunk nun
sogar in ihrem neuen Wahl-
programm für 1982.

Sozialdemokraten haben sich nie damit abgefunden, daß Frei-
heitsrechte für wirtschaftlich Mächtige selbstverständlich waren
und sind, aber für die Abhängigen lediglich eine ferne Idee in
Sonntagsreden blieben: der Kampf der Arbeiterbewegung war
auch immer ein Kampf dafür, daß es den wirtschaftlich Abhän-
gigen durch die Verbesserung ihrer sozialen Lage ermöglicht
wurde, von ihren Freiheitsrechten Gebrauch zu machen. Eben-
so ist die Sicherung errungener demokratischer Rechte eine
wichtige Voraussetzung dafür, daß die wirtschaftlich abhän-
gigen Menschen ihre Interessen wirksam vertreten können.

Demokratische Freiheitsrechte sind für uns mehr als formales
Staatsprinzip. Demokratie ist für uns ein Lebensprinzip in Staat,
Wirtschaft und Gesellschaft.

Für die CSU ist die Demokratie damit erfüllt, daß die Bürger alle
paar Jahre wählen können. In allen Wirtschafts- und Gesell-
schaftsbereichen hat für die CSU Demokratie wenig bis nichts zu
suchen.

So sieht dann auch die CSU-Wirklichkeit aus:

– In zahlreichen Betrieben gibt es immer noch keinen Be-
triebsrat. Der CSU kommt es offensichtlich gelegen, wenn
Rechte aus dem Betriebsverfassungsgesetz aus Angst um
den Arbeitsplatz nicht wahrgenommen werden. Schließlich
hat die CSU das neue Betriebsverfassungsgesetz abgelehnt.
Das Arbeitsplatzrisiko ist konservativer Ideologie ein willkom-
menes Disziplinierungsinstrument zur Anpassung und zum
Verzicht auf Kritik.

– Die CSU-Regierung hat zahlreiche junge Menschen wegen
angeblicher Zweifel an ihrer Verfassungstreue nicht in den
öffentlichen Dienst übernommen. Viele Bewerber gewannen
in allen bayerischen Gerichtsinstanzen, die der Regierung
immer wieder bescheinigten, sie verkenne den verfassungs-
rechtlichen Rahmen, in dem sie sich nach Gutdünken be-
wegen könne.

Die Absicht ist überdeutlich: Alle überprüfen, wenige treffen,
eine ganze Generation einschüchtern!

– CSU-genehme politische Äußerungen in den Schulen sind
erwünscht, kritische Äußerungen werden verboten.

– Aus Schullesebüchern werden angesehene kritische Autoren
verbannt. Auf den Einspruch der CSU-Regierung hin wird ein
ganzes Kapitel „Aus der Welt der Arbeit“ wegen kritischer
Beiträge zur Fließbandarbeit gestrichen.

– Die CSU versucht, den Bayerischen Rundfunk zu ihrem Pro-
pagandainstrument zu machen. Dies gelingt ihr teilweise, –
trotz des demokratischen Engagements vieler Funk- und
Fernsehjournalisten –, indem sie leitende Positionen beim BR
mit Parteigängern besetzt.

– Unbequeme Sendungen werden ausgeblendet, mit dem Aus-
tritt aus der ARD wird gedroht.

„Machen Sie sich doch nicht lächerlich, wenn Sie gewisse Gruppierungen – Sie haben heute die Wehrsportgruppe Hoffmann genannt – durch Ihre ständigen in der Öffentlichkeit vorgetragene überdimensionierten Darstellungen überhaupt erst der bayerischen Bevölkerung bekannt gemacht und ihnen damit eine Bedeutung zumessen, die sie nie hatten, nie haben und in Bayern nie bekommen werden“.

(F.J. Strauß am 22.3.79 im Bayer. Landtag)

Befragt nach den Aktionen der rechtsextremen türkischen Organisation „Graue Wölfe“ antwortet die CSU-Regierung:

„Der Wolf ist eine Figur aus der türkischen Mythologie, die Mut, Stärke und Freiheitsliebe symbolisieren soll...“

Das Schlagwort „Graue Wölfe“, das offensichtlich Emotionen wecken soll, wird vor allem von türkischen Linksextremisten bei Kampagnen gegen den politischen Gegner immer wieder aufgegriffen.“

(Landtagsdrucksache 6607/5.11.80)

- Unverhohlen und gegen die Bayerische Verfassung betreiben CSU-Politiker aus politischen und wirtschaftlichen Interessen die Einführung eines privaten Rundfunks. Aus Ländern mit privatem Funk und Fernsehen wissen wir, daß überwiegend an Werbeeinnahmen interessierte Programmierer auf seichteste Unterhaltung Wert legen und Informationen zurückgedrängt werden.
- Der Bayerische Jugendring soll gegängelt und finanziell gedrosselt werden, weil Mitgliedsverbände von der kirchlichen Jugend bis zur Gewerkschaftsjugend gelegentlich Kritik üben, etwa an der Diffamierung der Zivildienstleistenden durch den Kultusminister oder an Mängeln im Schulwesen.
- Mitglieder der Sozialistischen Jugend „Die Falken“ werden von der CSU als Vorsitzende oder Geschäftsführer von Kreisjugendringen abgelehnt, weil die weltanschaulichen Gegensätze zu groß seien – als Heuchelei entlarvt sich die in Sonntagsreden beschworene Pluralität und Toleranz.
- Rechtsextremistische Tendenzen werden heruntergespielt.
- Die Wehrsportgruppe Hoffmann wurde in krasser Weise verharmlost. Noch 1979 lehnte Strauß die Verbotsforderung der SPD ab. Eine durch die Wirklichkeit grausam widerlegte Verharmlosung!
- Auf der anderen Seite: die CSU demonstriert brutale Macht bei Vorgängen, die ihr nicht genehm sind. So durch die Massenverhaftung von 141 Jugendlichen in Nürnberg mit vorgefertigten, einheitlichen Haftbefehlen.
- Bayern mutet den Polizeibeamten den „gezielten Todeschuß“ auf Befehl zu, als ob Polizeibeamte nicht fähig wären, das Notwehr- und Nothilferecht wahrzunehmen.
- CSU-Politiker mißbrauchen kommunale Mehrheiten, um die Reform des § 218 zu unterlaufen.

Der Katalog könnte verlängert werden. Die Vorgänge zeigen: die CSU versucht, mit allen Mitteln einzuschüchtern, mühsam errungene Freiheitsrechte abzubauen und die Angst von Menschen zu mißbrauchen, um ihre Herrschaft im Staat zu sichern.

Wir Sozialdemokraten bekämpfen unnachgiebig Terror und Gewalt. Aber wir wehren uns gegen alle Versuche, diesen Kampf zum Abbau von Freiheit und Demokratie zu mißbrauchen. Der Staat lebt vom Vertrauen der Bürger und nicht vom Mißtrauen gegen sie.

Wir Sozialdemokraten fordern:

- **Mehr Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft. Niemand darf aus Furcht vor Entlassung durch den Arbeitgeber zum Verzicht auf Rechte am Arbeitsplatz gezwungen werden!**
- **Wir wollen keine Gegner unseres Grundgesetzes im öffentlichen Dienst. Wir wollen aber auch keine Schnüffel- und Überwachungsstaat, der seinen Bürgern mißtraut und in jedem den Verfassungsfeind sieht, der nicht regierungskonforme Meinungen vertritt!**
- **Wir wollen kritische Schriftsteller und Künstler, nicht ihre Bevormundung und Zensur!**

- **Wir wollen einen freiheitlichen Rundfunk, der Politik kritisch begleitet, gleichgültig, welche Partei die Regierung stellt!**
- **Wir wollen, daß niemand wegen seiner weltanschaulichen oder religiösen Einstellung benachteiligt oder bevorzugt wird.**
- **Wir wollen den Menschen Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten schaffen und erhalten und sie nicht regierungsfromm dressieren!**
- **Wir wollen Mitbestimmung von Eltern, Lehrern und Schülern: deshalb wollen wir die demokratische Schule!**
- **Wir wollen, daß Frauen ihre Rechte gemäß § 218 auch in Bayern uneingeschränkt wahrnehmen können!**

Trotz mancher Fehler, die auch die SPD in ihrer langen Geschichte gemacht haben mag: sie war immer die Partei der Demokratie und der Freiheit! Als einzige Partei in Deutschland hat sie ihren Namen nach 1945 nicht ändern müssen. Das macht uns Mut, auch und gerade in schwierigen Zeiten für Freiheit und Demokratie zu streiten.

III. Für sichere Arbeitsplätze und mehr Rechte am Arbeitsplatz

„Angesichts der gegenwärtigen Wirklichkeit, in deren Struktur so viele vom Menschen verursachte Konflikte zutiefst eingefügt sind und in der die technischen Mittel – eine Frucht der menschlichen Arbeit – eine erstrangige Rolle spielen (man denke hier auch an die Möglichkeit eines weltweiten Zusammenbruchs im Falle eines Atomkrieges mit seinen fast unvorstellbaren Zerstörungskräften), muß man vor allem ein Prinzip in Erinnerung rufen, das die Kirche immer gelehrt hat: das Prinzip des Vorrangs der Arbeit gegenüber dem Kapital. Dieses Prinzip betrifft direkt den Produktionsprozeß, für den die Arbeit immer eine der hauptsächlichen Wirkursachen ist, während das Kapital, das ja in der Gesamtheit der Produktionsmittel besteht, bloß Instrument oder instrumentale Ursache ist.“

(aus der jüngsten Sozialenzyklika „Laborem Exercens“ von Papst Johannes Paul II.)

Zur Vollbeschäftigung sind nicht nur zusätzliche Arbeitsplätze für die derzeit Arbeitslosen nötig, sondern auch für die neu auf den Arbeitsmarkt kommenden Jugendlichen (Zuwachs rd. 30.000 jährlich).

Selbst in den konjunkturgünstigen Jahren 1976/78 blieb der Anstieg der Industrie-Beschäftigten in den genannten Regionen weit hinter dem Landesdurchschnitt zurück, in Main-Rhön sank er sogar (- 1,3%). Das gilt selbst für die Beschäftigung im öffentlichen Dienst, auf die die Staatsregierung einen besonderen Einfluß hätte. Folge: in Regionen wie Main-Rhön oder Oberpfalz-Nord wandern nach wie vor mehr Menschen ab als zu.

„Die Arbeit hat Vorrang vor dem Kapital“. Diese Feststellung aus der jüngsten Sozialenzyklika entspricht sozialdemokratischer Grundauffassung. Sie bedeutet für unsere derzeitige Situation den Vorrang einer Politik für die Vollbeschäftigung. Beschäftigungsmaßnahmen des Bundes und der Länder, eine Senkung der Arbeitszeit und eine weitere Demokratisierung der Wirtschaft sind dazu vorrangig notwendig.

Mit den Rezepten von gestern sind die Probleme von morgen nicht zu lösen. Die Wirtschaftspolitik der CSU hat im Prinzip die gleiche Leitvorstellung, wie die der englischen Regierung Thatcher, deren Politik in krasser Weise zu Lasten der Arbeitnehmer geht und England immer tiefer in Massenarbeitslosigkeit und Krise stürzt. Rückzug des Staates aus der Verantwortung, Privatisierung des Beschäftigungsrisikos, Hochzinspolitik, ungezielte Subventionen und Steuererleichterungen für die Großwirtschaft, fallendes Realeinkommen der Arbeitnehmer – das sind die Rezepte der alten und neuen Konservativen. Die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland Anfang der dreißiger Jahre mit Hitlers Machtübernahme in der Folge sind eine historische Warnung, die wir nicht vergessen werden.

Eine Bayerische Staatsregierung muß durch die Gesamtheit ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik in Zukunft einen wesentlich aktiveren Beitrag zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung leisten.

Schwerpunkt der Investitions- und Beschäftigungspolitik muß die Stärkung der produktiven Bereiche der Wirtschaft sein. Sie ist die unabdingbare finanzwirtschaftliche Voraussetzung für den weiteren Ausbau der sozialen Dienste und Leistungen von Staat und Gemeinden.

Das oberste Ziel **regionaler** Wirtschaftspolitik, gleichwertige Arbeitsplatzbedingungen in allen Landesteilen zu schaffen, hat die Staatsregierung verfehlt. Einige Regionen, namentlich die nördliche Oberpfalz, das östliche Oberfranken, Westmittelfranken und Main-Rhön haben – bezogen auf den Landesdurchschnitt – weiter an Boden verloren, während der Verdichtungsraum München in unkontrollierter Weise expandierte. Aber auch die Verdichtungsräume mit ihren Großstädten haben inzwischen Arbeitsmarktprobleme, auf die die Bayerische Staatsregierung nicht reagiert.

Wir Sozialdemokraten stellen dem als Forderungen gegenüber:

- **Demokratisierung der Wirtschaft**
- **gezielte Förderungsmaßnahmen – keine „Gießkanne“**
- **Vermeidung von Mißbrauchsmöglichkeiten und „Mitnahme-Effekten“**
- **wirksame Arbeitsmarktpolitik**
- **mehr Rechte für den Arbeitnehmer am Arbeitsplatz**

1. Sichere und qualifizierte Arbeitsplätze – durch wirksame Instrumente

Heinrich G. fährt jeden Tag aus dem Bayer. Wald 70 km mit dem Bus nach Regensburg zur Arbeit, und dies seit 20 Jahren. Er ist täglich mehr als 2 1/2 Stunden unterwegs. Heinrich G. „Was soll ich tun? Ich hab nur die Wahl, Haus und Heimat aufzugeben, aber ich habe keine Möglichkeit, einen anderen Arbeitsplatz zu bekommen“.

Ein 55jähriger Maschineneinsteller in Forchheim wird durch Konkurs seines Metallbetriebes arbeitslos. Er hat sich im Betrieb zum Schichtführer hochgearbeitet: „Ich finde trotz echter Bemühungen über das Arbeitsamt keinen neuen Arbeitsplatz“.

Dazu ist erforderlich:

- ein zukunftsorientiertes Landesentwicklungsprogramm mit verbindlichen Arbeitsmarktbilanzen und Arbeitsplatzrichtwerten wie mit Gesamtplänen aller öffentlichen Investitionen (jeweils auch auf regionaler Basis);
- Formulierung eindeutiger Förderziele für jede Region, verbunden mit zielbezogener Erfolgskontrolle;
- Ansatzpunkt in der CSU-Förderpolitik ist die Investitionshöhe des antragstellenden Unternehmens.
Folge: kein Einfluß des Staates auf die Mittelverwendung, Förderung von Arbeitsplatz-Vernichtungen durch Rationalisierung.

Unser Vorschlag: Ansatzpunkt wird die Zahl und Qualität der neu zu schaffenden Arbeitsplätze!

- Verstärkte Infrastruktur-Investitionen namentlich für Verkehr (insbesondere Bundesbahn), Energie und Umweltschutz zur Strukturverbesserung der Wirtschaft und damit zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen;
- Gründung von Entwicklungsgesellschaften und Übernahme von Beteiligungen, die neuen kleineren und mittleren Betrieben in strukturschwachen Gebieten Starthilfen geben;
- Sonderprogramme und Wirtschaftsförderungsgesellschaften für strukturschwache Gebiete mit besonders hoher Arbeitslosigkeit;
- Das Zonenrandgebiet muß wirtschaftlich stärker werden. Dazu gehört eine gezielte Stärkung des Dienstleistungsbereiches. Staatlicherseits dürfen aus dem Grenzland keine Einrichtungen abgezogen werden. Bei der Schaffung neuer staatlicher Institutionen ist das Grenzland vorrangig zu berücksichtigen.
- Erleichterungen für kleinere und mittlere Unternehmen bei der Entwicklung und Markteinführung neuer Produkte (z. B. energiesparender Geräte);
- in allen Bundesländern sind die Investitionen der Großunternehmen durch die Einrichtung von Investitionsmeldestellen durchschaubarer zu machen;
- aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch zusammengesetzte Strukturräte auf Landes- und Regionalebene mit Beratungsfunktion, insbesondere zur Erleichterung von Standortentscheidungen;
- Investitionen zur Sicherung des bayerischen Energieangebots durch Fernwärme, Erdgasleitungen, Kohlekraftwerke;
- Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität; Durchführung geeigneter Maßnahmen zum Abbau der Steuerrückstände.
- Schaffung weiterer Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst in den Bereichen Bildung, soziale Dienste, Gesundheitswesen, Bürgerberatung und -betreuung.

2. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik

Ein 58jähriger kaufmännischer Angestellter in München, der als Buchhalter beschäftigt war, wird entlassen, ersetzt durch eine neue EDV-Anlage: „Wer über 40 Jahre alt ist, zählt schon zum alten Eisen“. Er findet lange Zeit selbst in München keinen neuen Arbeitsplatz.

Es gilt noch immer die Arbeitszeitverordnung von 1938, die z. B. von einer wöchentlichen Arbeitszeit von 48 Stunden ausgeht.

Ein 15jähriges Mädchen aus einem Dorf in der Nähe von Neuburg/Donau findet keine Ausbildungsstelle. Sie bekommt zu hören, daß sie ohne qualifizierenden Abschluß nicht genommen wird: „Ich könnte vielleicht noch bei einem Metzger anfangen, aber ich finde keine Möglichkeit, um 7.00 Uhr morgens nach Neuburg zu kommen.“

Schwerpunkt arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen muß eine **breit angelegte Qualifizierungsoffensive** sein. Ziel: Vermeidung einer Facharbeiterlücke und Erleichterung der Wiedereingliederung von Arbeitslosen ins Erwerbsleben, Anpassung an technologische Veränderungen, Umschulung und Weiterbildung.

Außerdem treten wir ein für

- eine Senkung der flexiblen Altersgrenze auf 60 Jahre und für den Ausbau des Kündigungsschutzes; insbesondere durch Gleichstellung der Kündigungsfristen von Arbeitern und Angestellten sowie durch die Pflicht zur Weiterbeschäftigung an Stelle von Abfindungen;
- Verkürzung der täglichen Arbeitszeit sowie ein Arbeitszeitgesetz, das für den Arbeitsmarkt neue Rahmenbedingungen schafft;
- die Unterbindung der illegalen Leiharbeit durch verstärkte Kontrollen. Ziel bleibt eine vollständige Beseitigung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung;
- den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, um damit für den einzelnen Arbeitnehmer eine größere Zahl an Arbeitsplätzen erreichbar zu machen;
- die Erhöhung der km-Pauschale bei größeren Entfernungen und längerfristig für die Einführung einer einheitlichen Entfernungspauschale.

3. Durch bessere Ausbildung mehr Chancengleichheit

Besonders schwerwiegend: die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den strukturschwachen Gebieten. Der Anteil der unter 20-jährigen an den Arbeitslosen lag im Dezember 1981 in Schweinfurt bei 11,5 %, in Pfarrkirchen bei 11,2 %, in Passau bei 10,0 % (jeweils Arbeitsamtsbezirke). Durchschnitt in Niederbayern: 9,6 %!

Eine 38jährige Frau, die bisher bei Grundig in Landau am Fließband stand, wird mit vielen anderen Schicksalsgefährtinnen auf die Straße gesetzt. „Für die Männer sind vielleicht noch Arbeitsplätze bei BMW-Dingolfing zu haben, aber nicht für uns Frauen in der Gegend“, stellt sie fest.

In einer Zeit schwieriger Arbeitsmarktverhältnisse hat die bestmögliche schulische Vorbildung und berufliche Ausbildung ganz besondere Bedeutung (siehe dazu auch das Kapitel: „Für eine menschliche Schule – für eine bessere Ausbildung“).

Wir fordern daher:

- grundlegende Verbesserung der beruflichen Ausbildung (siehe Kapitel „Für eine menschliche Schule...“);
- Errichtung außerbetrieblicher Ausbildungsstätten, unabhängig von Kammern und Betrieben;
- Verstärkung der Ausbildung und Umschulung für Mädchen bzw. Frauen zu höher qualifizierten, bisher den Männern vorbehaltenen Arbeitsplätzen (siehe auch das Kapitel: „Für Gleichberechtigung von Mann und Frau“);
- gesetzlicher Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer auch in Bayern.
- verstärkte Bemühungen, auch den Kindern ausländischer Arbeitnehmer eine qualifizierte Berufsausbildung zu ermöglichen;
- Ausweitung des Ausbildungsplatzangebots im staatlichen bzw. staatlich kontrollierbaren Bereich.

4. Mehr Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltungen

In F. versuchten die Arbeitnehmer von ihrem Recht, einen Betriebsrat zu wählen, Gebrauch zu machen. Der Arbeitgeber, der in keinem seiner Betriebe einen Betriebsrat duldet, kündigte daraufhin den Mitgliedern des Wahlvorbereitungsausschusses fristlos. Der Arbeitgeber verlor den Prozeß, wurde verurteilt und mußte Abfindungen bezahlen; aber der Betriebsrat wurde letztlich doch verhindert.

In R. gibt es einen größeren Betrieb. Ohne Betriebsrat! Der Arbeitnehmer Hans L.: „Wenn ich mich dafür einsetze, fliege ich. Solchen Betrieben müßte man wenigstens nicht noch Steuergelder nachschmeißen“.

In sehr vielen Betrieben – vor allem in den kleineren – gibt es nach wie vor aufgrund des Drucks der Arbeitgeber keine Betriebsräte.

Unsere Forderungen:

- Vergabe von Förderungsmitteln nur an Unternehmen, die nachweisbar alle arbeitsrechtlichen Vorschriften wie auch die Tarifverträge einhalten und in denen ein Betriebsrat existiert: Der Staat darf soziales Unrecht nicht noch durch finanzielle Förderung belohnen!
- Einbeziehung der Betriebsräte beim Antragsverfahren zur Gewährung öffentlicher Mittel;
- Verbesserung des bayerischen Personalvertretungsgesetzes durch Anpassung zumindest an die Bestimmungen des Bundes;
- Einführung der Mitbestimmung bei den kommunalen Eigenbetrieben und den Sparkassen;
- Ausbau der paritätischen Mitbestimmung und Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes.

IV. Für die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen – Umweltschutz

Ökonomie und Ökologie müssen bei Planungen und Entscheidungen in der Politik nicht zu gegensätzlichen Zielen führen. Letzten Endes gaben in der Vergangenheit fast immer sog. „wirtschaftliche Notwendigkeiten“ den Ausschlag. Dabei wurde aber völlig übersehen, daß das Beachten der ökologischen, d.h. den Gesetzen des Naturhaushalts entsprechenden Erfordernissen, langfristig dem rein am kurzfristigen ökonomischen Interesse orientierten Handeln überlegen ist. Eine funktionsfähige Wirtschaft muß nicht mit einer Ausbeutung der Natur verbunden sein. Im Gegenteil: gerade die Entwicklung von umweltfreundlichen Technologien sichert auf Dauer die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und damit Arbeitsplätze und Einkommen für die Arbeitnehmer.

1. Der Arbeitsplatz als Umwelt

Viele Arbeitnehmer kommen tagtäglich an ihrem Arbeitsplatz mit gesundheitsgefährdenden Stoffen wie z.B. Asbest oder Cadmium in Berührung. An den jährlich etwa 25.000 Krebserkrankungen im Bereich der Atemwege hat Asbest einen maßgeblichen Anteil.

Wir fordern daher:

- **schrittweise Verwendungsverbote von gefährlichen Arbeitsstoffen und Ersatz durch umweltfreundliche Substanzen;**
- **Überprüfung der Grenzwerte der die Gesundheit der Arbeitnehmer beeinträchtigenden Stoffe und Gase am Arbeitsplatz, wobei auch die vervielfachende Wirkung dieser Stoffe durch das Zusammentreffen mit anderen Substanzen berücksichtigt werden muß;**
- **die Verstärkung der Gewerbeaufsicht, damit die zahlreichen Arbeitsschutzvorschriften auch eingehalten werden.**

2. Nahrungsmittel, Konsum- und Gebrauchsgüter als Umwelt

Rückstände von Östrogenen, Antibiotika und anderen Tierarzneimitteln im Kalb- und Schweinefleisch, von Schwermetallen und Pflanzenschutzmitteln im Wildbret wie in Obst- und Gemüseprodukten sind die augenfälligsten Beispiele für eine zunehmend schädlichere Erzeugung von Nahrungsmitteln in der Landwirtschaft, wie sie bei der Intensiv-Tierhaltung mit all ihren negativen Erscheinungen sowie bei der Überdüngung der Böden und dem ansteigenden Einsatz von Pflanzenschutzmitteln offensichtlich wird.

Die Umwelt wird auch immer mehr mit riesigen Mengen von zunehmend giftig werdenden Hausmüll und anderen Abfällen wie Ölen, Säuren, Laugen, Klärschlämmen und verbrauchten Chemikalien belastet.

1980 ereigneten sich in der gewerblichen Wirtschaft rund 1,5 Millionen Arbeitsunfälle. Es wurden fast 41.000 Berufskrankheiten angezeigt.

560.000 Unfallrenten in Höhe von insgesamt über 3 Milliarden DM wurden an Verletzte und Erkrankte gezahlt.

Im Münchner Schlachthof waren im Mai 1981 bei einem Test 38,5% der Proben von Schweinefleisch zu beanstanden.

Bei Untersuchungen im Wildbret hat man bei Hasen sehr hohe Quecksilberrückstände und beim Schwarzwild sehr hohe Cadmiumrückstände festgestellt.

Bei der Überprüfung von Phosphatdünger wurden Cadmiumwerte ermittelt, die über den zulässigen Höchstwerten liegen.

Wir fordern deshalb:

- die Änderung der EG-Agrarordnung, welche die Landwirte anreizt, durch intensiven Einsatz von Chemikalien mehr zu produzieren;
- die Förderung von naturschonenden landwirtschaftlichen Produktionsmethoden sowie die Förderung von Direktvermarktung durch die Landwirte;
- schärfere Kontrollen bei der Anwendung von Tierarzneimitteln;
- eine verstärkte Aufklärung der Konsumenten über gesundheitsgefährdende Wirkungen von Nahrungsmitteln bzw. Konsum- und Gebrauchsgütern;
- den verstärkten Einsatz von energie- und rohstoffsparenden und damit umweltschonenden Produkten; Reduzierung des Verpackungsmaterials;
- die Förderung des Baus von kleineren Müllverwertungsanlagen, mit denen wertvolle Rohstoffe und Energie wiedergewonnen werden können.

3. Wohnung und Naherholungsgebiete als Umwelt

In München kommen auf ein Kraftfahrzeug 50 qm Verkehrs- und Standfläche, auf einen Bürger nur 30 qm Grünfläche

Die zunehmende Konzentration der Bevölkerung in den Großstädten und ihrer Umgebung, die Konzentration von Industrie- und Infrastruktureinrichtungen in den Ballungsgebieten schafft viele Probleme – den Mangel an preiswertem Wohnraum, den Mangel an ausreichenden Grün- und Erholungsflächen für die Großstadtbevölkerung, die Belastung durch Abgase und andere Luftverunreinigungen, Gewässerverschmutzung und Lärm.

Wir fordern deshalb:

- die Verringerung der Luftverschmutzung durch konsequente Einhaltung und schrittweise Senkung der Grenzwerte für die Emission von Schwermetallen und krebserregenden Stoffen (Asbest, optimale Entschwefelung bei Kohlekraftwerken auch Nachrüstung von bestehenden Anlagen);
- eine verstärkte Förderung von Lärmschutz- und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen für die besonders vom Verkehrslärm betroffene Bevölkerung;
- eine verstärkte Ausweisung von Grün- und Erholungsflächen in den Innenstädten;
- Schaffung und Erhaltung von Erholungsgebieten im Nahbereich aller größeren Städte;
- Vermeidung einer übermäßigen Häufung von umweltbelastenden Einrichtungen in einer Region oder bestimmten Bereiche einer Region;
- Vermeidung weiterer Zersiedlung und Erhaltung der zentralörtlichen Gliederung als Planungsgrundsatz;
- Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, besonders auch in den ländlichen Gebieten, mit dem Ziel, den Individualverkehr einzuschränken;
- Ausbau von Radwegenetzen, insbesondere in Ballungsgebieten;
- Verbesserung des Gewässerschutzes.

Die Nutzung der Fernwärme über kleinere Kohlekraftwerke ermöglicht einen weit höheren Ausnutzungsgrad der Energie als bei der reinen Stromerzeugung. Die Kraft-Wärme-Kopplung führt zu einer Energieeinsparung um mehr als die Hälfte.

Schöpft man das vorhandene Potential bei der Versorgung mit Fernwärme aus, so ergibt sich allein für München eine jährliche Einsparung von 500 Millionen Liter Heizöl.

In Bayern sind rund $\frac{1}{3}$ aller Pflanzenarten, über 50 % aller Wirbeltierarten und 50 % aller Fischarten vom Aussterben bedroht.

Der Bestand an Niederwild ging seit 1970 in Bayern bei den Fasanen um 35 % und bei den Rebhühnern um 70 % zurück.

1980 sind in Bayern rund 200 Fischsterben aufgrund der Einleitung von Abwässern bekannt geworden.

4. Die Energie als Umwelt

Der von der Staatsregierung vorgeschlagene Weg des vorrangigen Ausbaus der Versorgung mit Kernenergie kann die Probleme nicht lösen. Eine zukünftige Energiepolitik für Bayern muß deshalb folgende Ziele zum Inhalt haben:

- **eine verstärkte Energieeinsparung, um den überproportional hohen Anteil des Öls an der Energieversorgung in Bayern zu verringern;**
- **einen verstärkten Einsatz der heimischen Kohle bei der Stromversorgung;**
- **den Ausbau der Versorgung mit Fernwärme durch kleinere Kohlekraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung;**
- **intensive Förderung von erneuerbaren Energiequellen (Sonnenenergie, Biogas);**
- **Einsatz der Kernenergie, nur wenn der Strombedarf auf andere Weise nicht gedeckt werden kann, und die Entsorgung gesichert ist.**

Die bayerische SPD bekräftigt, daß in den 80er Jahren alles getan werden muß, um langfristig auf die Kernenergie verzichten zu können; dazu gehört auch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit.

5. Die Artenvielfalt als Umwelt

Die Zerstörung von schützenswerten Landschaftsgebieten wie den Auwäldern oder den Mooren darf nicht weitergehen.

Deshalb ist es notwendig:

- **den Landschaftsverbrauch so gering wie möglich zu halten,**
- **neue Naturschutzgebiete auszuweisen und bestehende zu sichern;**
- **einen wirksamen Schutz der Feuchtgebiete im Naturschutzgesetz zu verankern und eine Genehmigungspflicht für Trockenlegungsmaßnahmen einzuführen;**
- **einen Naturschutzfond zu errichten;**
- **ein Wiederansiedlungsprogramm für ausgestorbene Tiere und Pflanzen durchzuführen;**
- **die Einhaltung des Washingtoner-Artenschutzabkommens, welches den Handel mit vom Aussterben bedrohten Tieren untersagt, auch in Bayern entschieden zu kontrollieren.**

Um die Umwelt nicht weiter zu belasten, ist es besonders wichtig, daß die bestehenden Umweltgesetze – vom Naturschutz-, Immissionsschutz- bis zum Umweltchemikaliengesetz – auch vollzogen, d.h. die geltenden Schutzvorschriften auch wirklich eingehalten werden, was nur über eine personelle Stärkung der Natur- und Umweltschutzbehörden auf allen Ebenen erreicht werden kann. In Zukunft muß die Kontrolle von Umweltschutzvorschriften und die Verfolgung von gesetzwidrigen Eingriffen in die Natur zumindest genauso wichtig sein wie die Jagd nach Parksündern in den Großstädten.

V. Für die Gleichberechtigung von Mann und Frau

In der Landeshauptstadt München bewirbt sich bei den Stadtwerken ein Mädchen um einen Ausbildungsplatz als Elektrikerin. Die Bewerbung wird abgelehnt mit der Begründung, Mädchen seien grundsätzlich für handwerklich-technische Berufe ungeeignet, weil ihre Daumen zu kurz seien. – Ein Märchen? Nein – so geschehen im Jahre 1979!

Ein Mädchen hat eine Zimmererlehre abgeschlossen. Sie arbeitet auf einer Baustelle. Die Gewerbeaufsicht greift ein, weil die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe für Frauen verboten ist. Notwendiger Schutz für Frauen vor übermäßiger körperlicher Belastung oder ein alter Zopf? Wäre die junge Frau Besitzerin oder Mitbesitzerin eines Betriebs, könnte sie weiterhin in dem erlernten Beruf arbeiten.

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. So steht es bereits im Grundgesetz von 1949. Dieses Grundrecht gilt auch in Bayern und ist im Artikel 118 der Bayerischen Verfassung verankert. Theorie und Praxis klaffen allerdings auch nach über 30 Jahren Grundgesetz noch immer weit auseinander. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau muß endlich verwirklicht werden. Um dies zu erreichen, sind eine Reihe von Maßnahmen notwendig.

1. Familie und Erwerbstätigkeit

Das neue Ehegesetz hat 1977 die Selbstbestimmung der Ehepartner über die Verteilung der Familienpflichten gesetzlich anerkannt. Trotzdem lasten bei Erwerbstätigkeit der Frau Haushalt und Kindererziehung fast ausschließlich auf ihren Schultern und führen zu einer Doppel- und Dreifachbelastung. Im Unterschied zu den fünfziger Jahren unterbrechen heute jüngere Frauen immer seltener für längere Zeit die Erwerbstätigkeit. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit muß daher ermöglicht werden.

Wir fordern:

- **Umwandlung des Mutterschaftsurlaubs in einen Elternurlaub, wahlweise für Vater oder Mutter;**
- **Ausdehnung des Elternurlaubs auf 18 Monate;**
- **Anerkennung von Erziehungszeiten bei der Rentenberechnung;**
- **mehr Kindertagesstätten;**
- **Anpassung der Öffnungszeiten der Kindergärten an die üblichen Arbeitszeiten; Verbesserung des Schlüssels Erzieher/Kinder nach pädagogischen Gesichtspunkten bei der Bemessung der Personalkostenzuschüsse;**
- **Kinderbetreuung in Ferienzeiten;**
- **schrittweise Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, damit die Eltern mehr Zeit und Kraft für die Familie und die Kinder haben.**
- **staatliche Unterstützung von autonomen Organisationen, die Frauen und Kinder vor Gewalttätern auch in Ehe und Familie schützen (Frauenhäuser);**
- **Förderung von Pflegefamilien bei gleichzeitigem Abbau der Heimunterbringung von Pflegekindern;**
- **die stete Überprüfung der vorhandenen Gesetze auf ihre Wirksamkeit zur Durchsetzung der Gleichberechtigung und zum Schutze der Frauen.**

Viele Frauen sehen in der Teilzeitarbeit die größte Chance, Familie und Erwerbstätigkeit in Einklang zu bringen. Einer Verkürzung der täglichen Arbeitszeit ist jedoch Vorrang zu geben, da Teilzeitarbeit für die betroffenen Frauen eine Fülle von Nachteilen bringt:

- geringes Einkommen bei gesteigerten Leistungsanforderungen;
- keine ausreichende Altersversorgung;
- keine Aufstiegschancen und Weiterbildungsmöglichkeiten;
- kein sicherer Arbeitsplatz (Frauen als arbeitsmarktpolitische Reserve);
- zu geringe Interessenvertretung durch Betriebsrat und Gewerkschaften, da Teilzeitbeschäftigte sich dort kaum engagieren.

Bei der Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen ist darauf zu achten, daß diese nicht auf Kosten von Ganztagsarbeitsplätzen und zu Lasten der Beschäftigten erfolgt. Die unsoziale Arbeitsplatzteilung in Form des Job-Sharings lehnen wir ab.

Darüber hinaus fordern wir für die Zukunft:

- die Schule muß Buben wie Mädchen gleichermaßen auf Rechte und Pflichten als Bürger vorbereiten;
- alte Rollenbilder in Schulbüchern müssen zugunsten des partnerschaftlichen Umgangs der Geschlechter miteinander abgebaut werden.

2. Ausbildung und Beruf

Frauen haben deutlich schlechtere Chancen als Männer, einen Ausbildungsplatz im dualen Berufsbildungssystem zu erhalten. Seit 1970 ist der Anteil der Frauenarbeitslosigkeit ständig gestiegen. Hinzu kommt, daß durch Einführung neuer Techniken überwiegend Arbeitsplätze vernichtet werden, an denen traditionsgemäß Frauen beschäftigt sind. Im Bereich der Arbeitswelt ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht verwirklicht. Gerade in Bayern leben besonders viele Frauen, die sich als „mithelfende Familienangehörige“ keinen – oder nur einen geringen – eigenen Rentenanspruch erworben haben.

Wir fordern deshalb:

- gleiche Schul- und Berufsausbildung für Buben und Mädchen;
- Aufhebung des geteilten Arbeitsmarkts (z.B. der geschlechtsspezifischen Stellenausschreibung) für Männer und Frauen, Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst und in mit öffentlichen Mitteln geförderten Betrieben sollen zu gleichen Teilen für Buben und Mädchen zur Verfügung gestellt werden!
- Öffnung neuer Berufsfelder für Frauen, vor allem im gewerblich-technischen Bereich;
- Ausweitung des Angebots für Frauen, die wegen der Erziehung von Kindern ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, sich während dieser Zeit ihre berufliche Qualifikation zu erhalten und zu verbessern;
- keine weitere Privatisierung im öffentlichen Dienst (z.B. Reinigung);
- Abschaffung fester Altersgrenzen bei Berufsförderungsprogrammen für Frauen;
- Verbesserung und Ausbau der Berufsberatung.

Die „Leichtlohngruppen“ sind durch die Bemühungen der Gewerkschaften beseitigt, doch weiterhin ist die übergroße Mehrheit der Frauen in den beiden untersten Lohngruppen eingestuft.

Wir unterstützen daher die Forderungen der Gewerkschaften und treten ein für:

- neue Arbeitsplatzbemessungsgrundlagen;
- gleichen Lohn bei gleichwertiger Arbeit;
- Abschaffung der „versteckten Leichtlohngruppen“.

Wir Sozialdemokraten stellen fest, daß trotz vieler Gesetzesänderungen, die der Gleichberechtigung zum Durchbruch verhelfen sollten, die tatsächliche Gleichstellung in Beruf und Familie noch nicht erreicht ist.

Wir Sozialdemokraten sind der Überzeugung, daß es gegenwärtig nicht so sehr darauf ankommt, neue Gesetze zu diesen Problemen zu verabschieden, sondern durch viele konkrete Einzelaktionen, durch eine ständige Kontrolle und öffentliche Diskussion die Bestimmungen und Gesetze in die Praxis umzusetzen.

Emilie M. hat ihr ganzes Leben hart gearbeitet. Zunächst als Haushaltsgelhilfin, später als Hilfsarbeiterin in einer Fabrik. Ihr Einkommen war zeitlebens so gering, daß ihre Rente heute nicht ausreicht – sie ist auf die Sozialhilfe angewiesen.

Auch heute haben noch 48 % der weiblichen Erwerbstätigen keine berufliche Ausbildung.

Eine Frau und ein Mann stehen an der gleichen Maschine und nehmen Vierkanthölzer ab und stapeln sie auf einen Wagen. Sie machen die gleiche Arbeit, aber sie erhalten nicht den gleichen Lohn. Die Frau ist in Lohngruppe IV, der Mann in Lohngruppe VI.

Der Unternehmer gibt dafür folgenden Grund an: „Der Mann kann im Notfall kleinere Reparaturen an der Maschine vornehmen, die Frau kann das nicht; deshalb wird er besser bezahlt“.

VI. Für eine menschliche Schule – für eine bessere Ausbildung

*„Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch darauf, eine seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung zu erhalten.“
Artikel 128 (1) der Bayerischen Verfassung verlangt also von jeder Staatsregierung, für die bestmögliche Ausbildung unserer Kinder zu sorgen.*

Das bayerische Schulwesen erfüllt diesen Verfassungsauftrag nicht.

Sabine S. (16 Jahre), die ohne Schwierigkeiten die Tests für das Gymnasium schaffte, scheiterte dort an einer Sechs in Latein, anschließend in der Realschule noch zweimal vor allem aus Angst vor weiterem Versagen. Schließlich gehörte sie zu den 11.000 Schülern in Bayern, die jährlich ohne jeden Abschluß „ins Leben treten“. Das ist ein Zehntel aller Schulabgänger.

Mit dem Auftrag einer demokratischen Verfassung ist es unvereinbar, wenn der Staat für jährlich rund 20.000 Abiturienten fast doppelt so viele Mittel pro Schulplatz ausgibt wie für Grund-, Haupt- und Sonderschüler, die gerade einer besonderen Förderung bedürfen. Tatsache ist, daß nur jeder zweite Gymnasiast das Abitur; nur drei von vier Realschülern die mittlere Reife erreichen.

Das bayerische Ausleseschulsystem ist schuld daran, daß Angst und Streß für Kinder, Eltern und Lehrer unerträglich werden.

Nur 13,0% der Schüler in den 7. Klassen der Gymnasien in Bayern kamen 1977 aus Arbeiter-Familien – bei einem Anteil der männlichen Arbeiter von 48,8% an den männlichen Erwerbstätigen! Gegenüber 1974 – damals waren es 18,1% – ist das sogar ein Rückgang!

Die bayerische SPD will den Verfassungsauftrag, der eine kindgerechte, menschliche und demokratische Bildung für alle fordert, zusammen mit den Beteiligten erreichen und nicht bürokratisch verordnen. Nicht eine Schulbehörde, sondern die Zusammenarbeit von Schülern, Eltern und Lehrern schafft eine demokratische Schule, die für die Kinder da ist.

Eine demokratische Gesellschaft ist ohne demokratische Schule undenkbar. Und das gilt auch umgekehrt.

Das bayerische Erziehungs-, Schul- und Hochschulwesen einschließlich der beruflichen Bildung und der Weiterbildung muß grundlegend geändert werden.

1. Vorschule und Schule

Im vorschulischen Bereich muß ein ausreichendes Angebot öffentlicher Kindergärten und Horte geschaffen werden, mit schrittweiser Einführung der Kostenfreiheit. Die Kindergärten müssen so ausgestattet sein, daß unsere Kinder nicht nur gerne hingehen, sondern in kleinen Gruppen ggf. auch den ganzen Tag sinnvoll beschäftigt werden und Förderung, besonders aber Zuwendung, Ermutigung und Verständnis erfahren.

Die SPD will Schulen, in denen gleiche Startchancen für alle verwirklicht sind, eine bessere Grundausbildung und eine demokratische Erziehung in menschlicheren Schulen, wo Lernen, Entdecken, eigene und auch gemeinsame Erfolge Freude bereiten, wo Leistung nicht mit stumpfsinnigem Pauken verwechselt wird, wo nicht geistlose Anpassung gefordert wird.

Die SPD will Schulen, in denen die Lehrer Zeit für die Förderung der Kinder haben, anstatt sie für Ausleseprüfungen dresieren zu müssen; Schulen, in denen nicht allein absolute Leistungen als Maßstab gesetzt werden, sondern auch Lernfortschritte berücksichtigt werden und besonders in den ersten Schuljahren auf Noten verzichtet wird, die erwiesenermaßen zu krankmachendem Leistungsdruck, zu Angst und dadurch zu Schulversagen führen.

Die SPD will Schulen, die den Bedürfnissen der Kinder nach Zuwendung, Betreuung und Unterstützung über die Stoffvermittlung hinaus, ggf. in Ganztagschulen, Rechnung tragen; so durch Hausaufgabenbetreuung oder durch persönliche Beratung, vor allem in den schwierigen Entwicklungsjahren.

Die SPD will Schulen, in denen die Kinder mit besonderen Bedürfnissen – die „Problemkinder“, die behinderten Kinder, die Ausländerkinder – anstelle der derzeitigen Aussonderung oder Abschiebung in den privaten Bereich in das staatliche Schulwesen integriert werden können. Angesichts zunehmender Privatisierungstendenzen hat der Staat hier besondere Verpflichtungen.

Ein besonders krasses Beispiel von pädagogisch fehlgeleiteter Wissenschaftlichkeit in Lehrbüchern: „Zum Lexem können wortbildende Morpheme treten, die unter Umständen auch grammatische Funktion haben, Präfixe und Suffixe; mit dem Lexem zusammen bilden sie den Stamm des Wortes“ (9 Kl. Gymnasium, Grammatik)

Die SPD will Schulen, in denen eine kollegiale Selbstverwaltung anstelle des bürokratischen Direktorialsystems den Beteiligten mehr Mitentscheidungsrechte gibt. Deshalb muß eine demokratische Schulverfassung – mit Wahl der Schulleiter, mit Entscheidungsbefugnissen der Schulkonferenz, mit demokratischer Interessenvertretung der Eltern, Lehrer und Schüler – die obrigkeitsstaatliche Schulverwaltung ersetzen.

Die SPD fordert Lern- und Arbeitsinhalte, die lebensnah sind, und Erziehungsmethoden, die zur Wahrnehmung von Rechten, zur Kritikfähigkeit und zu demokratischem Verhalten und zur Gemeinsamkeit statt zu Egoismus und Ellenbogendenken führen.

Bürokratische, bildungsfeindliche und einseitige Lehrpläne sind durch Lehrpläne zu ersetzen, die Raum für die Lehrerfreiheit des Lehrers lassen. Gruppen- und Projektunterricht ist pädagogisch richtiger und deshalb zu bevorzugen.

Die SPD will die Gesamtschule auf Antrag der Eltern (Antragschule). Sie kommt den Erfordernissen einer chancengleichen, einer demokratischen und einer humanen Schule am nächsten. Überall dort, wo mindestens 3 Klassen eines Schülerjahrgangs zustande kommen, soll sie auf Wunsch der Eltern eingerichtet werden. Eine solche Schule würde rund 400 Schüler bis zum 10. Schülerjahrgang umfassen.

Die SPD will dem Elternrecht und dem Anspruch auf gleiche Bildungschancen für alle auch in Bayern endlich zum Durchbruch verhelfen. Die Gesamtschule muß endlich auch in Bayern eine reguläre Schulform mit anerkannten, gleichwertigen Abschlüssen werden.

Dies ist keine bildungspolitische Utopie, sondern in vielen europäischen Ländern, aber auch in SPD-regierten Bundesländern, längst Wirklichkeit.

Damit auch in Bayern der Verfassungsauftrag Wirklichkeit wird, will die bayerische SPD folgende Maßnahmen verwirklichen:

- Integrierte Gesamtschule auf Antrag der Eltern;
- kleinere Lerngruppen und Klassen bis 25 Kinder;
- Einstellung der ausgebildeten Lehrer und Erzieher, solange pädagogisch begründeter Bedarf besteht;
- Abschaffung der Ziffernnoten zumindest im Grundschulbereich;
- Erleichterung des Übergangs in weiterführende Schulen durch Wegfall der Aufnahmeprüfung und Verlängerung der Probezeit;
- Beseitigung der zentralen Prüfungen;
- besondere Förderung benachteiligter Kinder statt weiterer Ausgrenzung;
- Hilfe für behinderte Kinder durch Schulhelfer;
- Schulsozialarbeit, Hausaufgabenbetreuung und ggf. Ganztagschulen;
- kürzere Schulwege;

- Eindämmung der Schulbuchflut und Änderung der Lehrpläne durch Stoffkürzung und Orientierung an lebensnahen Inhalten. Beteiligung der Eltern bei der Entwicklung der Lehrpläne (Landesschulkonferenz);
- Verbesserung der Hauptschule durch die Möglichkeit des mittleren Abschlusses an der Hauptschule und durch größeren Praxisbezug;
- Beseitigung grundrechtseinschränkender Rechtsvorschriften (z.B. ASchO, Absenzenregelung, Zensur der Schülerzeitung);
- Beseitigung unterschiedlicher Ausbildungsgänge und Lernbedingungen für Buben und Mädchen;
- Entscheidungsrechte der Schulen statt bürokratische Gängelung durch die Schulverwaltung.

2. Berufliche Bildung und Hochschulen

Die SPD will das berufliche Schulwesen verbessern: anstelle der heillosen Zersplitterung der beruflichen Ausbildungsgänge muß eine breite Grundqualifikation erreicht werden. Deshalb fordern wir verstärkten allgemeinbildenden Unterricht in Berufsschulen (wobei auch eine bessere Eingliederung der Ausländer in den Berufsschulen erforderlich ist), umgekehrt aber auch berufsbezogene Ausbildungsgänge in den allgemeinbildenden Schulen. Dazu gehört aber auch die volle Einführung des Berufsgrundschuljahrs und des 10. allgemeinbildenden Pflichtschuljahrs.

Das gesamte Schulangebot des sog. zweiten Bildungswegs muß grundlegend durchlässiger und breiter angelegt werden. Dazu gehören bessere Ausstattung und weiterer Ausbau aller Bildungseinrichtungen einschließlich der Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Berufsfachschulen und Fachhochschulen dürfen nicht länger unzumutbar vernachlässigt werden. Außer-schulische Bildungseinrichtungen bedürfen besserer Ausstattung.

Die SPD will eine demokratische Hochschulverfassung verwirklichen, in der alle beteiligten Gruppen mitbestimmen. Die verfaßte Studentenschaft, Klarheit über Studiengänge und Prüfungen, Lehrfreiheit auch für den akademischen Mittelbau und Verbesserung der Studienbedingungen sind Ziele der Hochschulpolitik der SPD. Die Abschaffung der Zwangsexmatrikulation über Prüfungsfristen und der Abbau des numerus clausus gehören zu einer demokratischen Hochschulreform.

Die Zukunft unseres Landes hängt davon ab, ob der nachfolgenden Generation genügend Wissen und Können vermittelt wird, und ob ständige, lebenslange Weiterbildung möglich ist.

Deshalb will die bayerische SPD längerfristig erreichen:

- daß für jeden Schulabgänger das Recht auf Ausbildung verwirklicht wird;
- daß eine breitere und bessere Allgemeinbildung, also möglichst mittlere Schulabschlüsse, für alle Kinder erreichbar wird;
- daß allgemein ein 10. Vollzeitbildungsjahr eingeführt wird;

- daß an weiterführenden Schulen doppelqualifizierende Lehrgänge möglich sind, aber auch die Durchlässigkeit für Berufsschüler in die weiterführenden Bildungsgänge durch eine bessere Ausbildung an den Berufsschulen erreicht wird;
- daß im Sinne eines notwendigen lebenslangen Lernens die Öffnung der Bildungseinrichtungen, insbesondere der Hochschulen (Gesamthochschulen), angestrebt wird;
- Verstärkte Förderung der Volkshochschulen.

3. Kulturpolitik

Kulturpolitik dient der Entfaltung schöpferischer Kräfte und zwischenmenschlicher Kontakte. Kulturpolitik ermöglicht Heimat, weil sie Menschen in gemeinsamem Erleben miteinander verbindet. Es ist staatliche Aufgabe, die kulturellen Angebote zu verbessern und durch ein gerechtes Förderungssystem flächendeckende Kulturangebote zu schaffen, im besonderen durch Unterstützung der Gemeinden.

Wir lehnen jegliche zentralistische Überheblichkeit und die Abwertung der „Provinz“ ab. Die Staatstheater in der Landeshauptstadt werden im Jahr 1982 mit über 103 Millionen DM aus Mitteln des Staatshaushalts gefördert. Auch die übrigen Theater im Freistaat, die zusammen noch nicht einmal die Hälfte erhalten, müssen stärker gefördert werden.

Wir wollen das Bürgerrecht auf Kultur verwirklichen. Notwendig ist eine Kultur für alle. Zur Kultur gehören das Gewohnte wie das Experiment, das Klassische wie das Zukunftsweisende gleichermaßen.

Wir treten einem elitären Kulturbegriff entgegen. Die soziale Dimension der Kultur ist stärker zu berücksichtigen – etwa in Form systematischer Stadtteilarbeit, vor allem durch die Schaffung geeigneter kultureller Begegnungsstätten in den Stadtteilen und auf dem Lande. Solche Kulturorte (wie Kommunikationszentren, Kulturtreffs, offene Werkstätten, kulturelle Gemeinschaftshäuser, kommunale Kinos, Kunsthäuser) sind wie die übrige kulturelle Gemeinwesenarbeit bislang vernachlässigt und dort, wo sie sich gebildet haben, abgewertet oder gar diffamiert worden.

Vor allem für Jugendliche muß der Bereich der „mysischen Bildung“ wesentlich ausgeweitet werden; junge Menschen, die die Hauptschule bzw. das berufsbildende Schulwesen besuchen, werden nicht genügend mit Kunst und Kultur vertraut gemacht; sie sind dann auch später kaum in der Lage, am kulturellen Leben teilzunehmen.

Im Mittelpunkt einer SPD-Kulturpolitik, die eine „Kultur für alle“ zu verwirklichen trachtet, steht ein gut ausgestattetes und entsprechend vom Staat zu unterstützendes System der Erwachsenenbildung sowie eine Vielzahl öffentlicher Büchereien.

Volkshochschule und Bibliotheken müssen zugleich Orte für künstlerische Betätigung sein. Mängel, die ein Schulwesen hinterläßt, das die Chancengleichheit zu wenig beachtet, können hier ausgeglichen werden.

Es ist festzustellen, daß konservativ-rückgewandte Kreise sich in einseitiger Weise der Geschichte bedienen. Es ist unsere Aufgabe, die demokratischen und republikanischen Traditionen zu

erschließen, vor allem auch endlich die Sozial- und Kulturgeschichte der Namenlosen. Deshalb unterstützt die SPD alle Bestrebungen, die anstelle der bloßen Zurschaustellung von Herrscherhäusern auch um die Darstellung der Alltagswelt bemüht sind. Die Heimatmuseen müssen hier eine wesentliche Rolle spielen. Der Staatsbürger muß auch mehr von der Technik und ihren Folgen erfahren können.

Für Bayern ist der Denkmalschutz wegen der zahlreichen kunst- und vor- wie frühgeschichtlichen Denkmäler eine herausragende Aufgabe. Denkmalschutz umfaßt auch technisch-historische Denkmäler.

Es gilt, bayerisches Kulturgut im ganzen Lande zu bewahren.

Wir wenden uns gegen eine klischeehafte Vorstellung bayerischer Eigenart, die das Wesen und den Charakter seiner Landschaften und der in ihnen lebenden Menschen verzerrt und der Wirklichkeit Bayerns nicht gerecht wird. Die Pflege des Brauchtums, der Sprache, der Sitten, der Musik, der Heimatliebe und des Volkstums werden wir ebenso fördern wie die Vereine, die mit großem Idealismus sich um diese Aufgabe sorgen. Wir wenden uns jedoch gegen jede Verfälschung bayerischen Brauchtums.

Zur Verwirklichung unseres Kulturprogramms treten wir dafür ein:

- **den geistigen Freiraum einer demokratischen Kultur vor jeglichem staatlichen Eingriff zu schützen;**
- **auch neue kulturelle Modelle zu erproben, um das Bürgerrecht auf Kultur zu verwirklichen;**
- **die soziale Sicherheit von Künstlern und Kulturschaffenden zu verbessern;**
- **das Kulturgefälle zwischen Landeshauptstadt und den übrigen Städten sowie zwischen den Städten und dem Land auszugleichen;**
- **die Künstler und die Kulturschaffenden an den vielfältigen Aufgaben und Entscheidungsprozessen zu beteiligen;**
- **Kommissionen einzurichten, die für kulturpolitische Arbeit zusammen mit allen wichtigen Gruppen in unserer Gesellschaft zusammenarbeiten und kulturpolitische Konzepte entwickeln.**

VII. Für die Zukunftschancen der Jugend – neue Wege in der Jugendpolitik

Das Leben junger Menschen wird bestimmt durch die Familie, die Wohnsituation, die Bildungseinrichtungen, die Arbeitswelt, die Freizeit. Darum verfehlt Jugendpolitik als isolierte Veranstaltung ihren Sinn. Jugendpolitik ist Gesellschaftspolitik. Die Lage junger Menschen wird von gesellschaftlichen Verhältnissen geprägt. So haben Jugendliche aus unteren sozialen Schichten immer noch schlechtere Chancen. Die Mädchen sind in allen gesellschaftlichen Bereichen nach wie vor benachteiligt.

Das Verständnis für die Probleme der jungen Menschen und ihr Verhalten in der Gesellschaft fällt häufig schwer.

Viele Jugendliche haben ein feines Gespür für Probleme der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Sie machen sich Sorgen um die Zerstörung unserer natürlichen Lebensumwelt durch Gewinnstreben und technokratische Blindheit ebenso wie um die Vernichtung oder Nichtnutzung von Wohnraum trotz großer Wohnungsnot. Immer offenkundiger erscheint ihnen der Widerspruch zwischen den immer wieder beteuerten Werten Freiheit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit und dem rücksichtslosen Kampf um Besitz und Macht im Alltagsleben. Deshalb fällt die Kritik der jungen Menschen radikal aus; sie geht an die Wurzeln.

Viele Jugendliche sind in einem negativen Sinn angepaßt. 43 % der Jugendlichen halten es schädlich für das eigene Fortkommen, wenn man seine Meinung offen sagt.

Erschreckend viele jungen Menschen fühlen sich der Wirklichkeit nicht gewachsen: sie fliehen in Sekten, betäubende Drogen, Alkohol – eine selbstzerstörerische und oft tödliche Flucht.

Die CSU-Idealvorstellung vom Jugendlichen ist der an- und eingebaute, gehorsame kleine Erwachsene. Der CSU ist jugendlicher Protest allemal ein linksverdächtiger Greuel. Sie sorgt sich sogleich um Bestand von Staat und Gesellschaft und meint doch nur bestehende Herrschafts- und Privilegienverhältnisse. Demokratie ist ihr ein „Herrschafts- und Unterordnungsverhältnis, in dem es nicht auf die Zustimmung der jeweils Betroffenen ankommt“ (A. Goppel am 11. 7. 78 im Bayer. Landtag).

So sieht dann auch die Jugendpolitik der CSU aus.

Diese Politik löst nicht die Probleme junger Menschen. Sie schafft vielmehr neue Probleme und versucht sich vor den negativen Folgen durch Einschüchterung, Verbote und Diffamierung zu retten. Das sind Dokumente einer reaktionären Jugendpolitik. Ihr gilt der Kampf der bayerischen Sozialdemokraten.

Die bayerischen Sozialdemokraten begegnen der Jugend nicht mit Skepsis wie die CSU, sondern mit Vertrauen. Dies wird deutlich an unserem Verhältnis zur Jugendarbeit im allgemeinen. Wir vertreten die Auffassung, daß die Behörden die freie Jugendarbeit der Verbände und die selbstverwalteten Einrichtungen fördern anstatt blockieren müssen. Die **offene Jugendarbeit, die Freizeitheime, die Selbstverwaltungsmodelle in unserem Land verdienen eine großzügige Unterstützung.** Die Satzungsautonomie des Bayerischen Jugendrings ist zu respektie-

141 junge Bürger waren in der Nacht zum 6. März im Nürnberger kommunalen Jugendzentrum (KOMM) nach einer Demonstration festgenommen worden. Viele Unschuldige wurden Opfer dieser forschen law-and-order-Demonstration des Staates.

Negative finanzielle Konsequenzen mußte der BJR von der Staatsregierung befürchten, als er sich weigerte, das ideologische Weltbild der CSU in seiner Satzung zu verankern, wie es das Kultusministerium forderte.

Weil die politische Grundorientierung der Sozialistischen Jugend „Die Falken“ der CSU nicht paßte, stellte der Parteitag 1979 der CSU die Förderungswürdigkeit dieser Organisation der Arbeiterbewegung in Frage, um so den Falken ihre materielle Existenzgrundlage zu nehmen.

Als im Frühjahr 1979 sieben Studienreferendare in Weiden, die Prüfungsbesten ihres Jahrgangs, aus Solidarität zu ihren Kollegen, die ihrer Ansicht nach ungerecht schlecht benotet worden waren, der Abschlußfeier nach der Prüfung fernblieben, sollten sie wegen dieser „Unbotmäßigkeit“ nach dem Willen der Schulbehörden nicht ins Beamtenverhältnis übernommen werden. Gerichte korrigierten die Behörden.

Als politisch unzuverlässig und verdächtig werden von der Staatsregierung generell Zivildienstleistende angesehen. Nach dem Willen des Kultusministeriums ist ihnen die Mitarbeit in der staatlichen Jugendarbeit, wie selbst die Mitarbeit an Erste-Hilfe-Kursen in den Schulen untersagt.

ren, ihm sind die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die er für die Bewältigung seiner Aufgaben braucht.

Im offenen Gespräch mit den Jugendlichen und ihren Verbänden stellen wir dar, daß wir auf veränderte gesellschaftliche Wirklichkeiten mit Reformen antworten wollen. Wir pflegen intensiv die Zusammenarbeit mit den Jugendorganisationen der Arbeiterbewegung; wir bitten aber auch alle anderen jungen Bürger um Kritik und Mitarbeit.

Auf Bayern bezogen haben wir uns in Parlament und Öffentlichkeit insbesondere für folgende Forderungen eingesetzt und werden dies auch in Zukunft tun:

- **Schaffung eines neuen, demokratischen Schulsystems, wie wir es ausführlich in Kap. VI beschrieben haben;**
- **Sicherung und Schaffung qualifizierter Ausbildungsplätze;**
- **gesetzliche Verankerung von Entscheidungsrechten für Jugendliche in Ausbildung und Beruf;**
- **Einsatz von Zivildienstleistenden bei der Betreuung von Jugendlichen in Jugendfreizeitstätten;**
- **wirksame Aufsicht über den Jugendarbeitsschutz;**
- **Wohnmöglichkeiten auch in neuen Formen des Zusammenlebens;**
- **Verbesserung des Gesetzes über die Freistellung für Jugendarbeit;**
- **Aufhebung des Radikalenerlasses in Bayern;**
- **das Jugendwohlfahrtsgesetz muß endlich durch ein zeitgemäßes Jugendhilferecht ersetzt werden.**

VIII. Für mehr Mitbestimmung in Staat und Gemeinden

In der oberfränkischen Stadt F. will der CSU-Oberbürgermeister, gestützt auf die Mehrheit seiner Partei im Stadtrat, eine Tiefgarage bauen. Das Millionenprojekt stößt in der Bürgerschaft auf breite Ablehnung. Die Bürger haben jedoch keine Möglichkeit, den Tiefgaragenbau zu verhindern.

1. Bürgerentscheid

In zwei landespolitisch bedeutsamen Fällen wurden durch Volksbegehren und Volksentscheid Verbesserungen erreicht: die christliche Gemeinschaftsschule wurde 1968 an die Stelle der Konfessionsschule gesetzt, die Sicherung der Rundfunkfreiheit 1973 in der Bayerischen Verfassung verankert.

Für Angelegenheiten ihrer eigenen Gemeinde und ihres Landkreises haben unsere Bürger solche Entscheidungsrechte dagegen nicht. Der Sozialdemokrat Dr. Wilhelm Hoegner ist bei der Schaffung der Bayerischen Gemeindeordnung im Landtag mit seiner Forderung nach Einführung des kommunalen Bürgerentscheids nur knapp unterlegen. Die SPD fordert deshalb heute, nach dreißigjähriger Bewährung der Demokratie, erst recht:

- Über Gemeinde- und Landkreisangelegenheiten sollen die Bürger selbst entscheiden können, wenn sie dies wünschen, d.h., wenn 10 % der wahlberechtigten Bürger einer Gemeinde ein entsprechendes Bürgerbegehren durch ihre Unterschrift unterstützen. Dem Bürgerbegehren folgt dann der Bürgerentscheid.
- Darüber hinaus soll auch der Gemeinderat bzw. der Kreistag den Bürgern eine Gemeindeangelegenheit zur Entscheidung vorlegen können.

Die Vorteile:

- Verwaltung und Bürger müssen bei unterschiedlicher Auffassung intensiver miteinander diskutieren und sich gegenseitig besser informieren. Dies stärkt die Verbundenheit der Bürger mit ihrer Heimatgemeinde.
- Die Bürger haben nicht nur das Recht, (alle 6 Jahre) zu wählen und dazwischen allenfalls mitzureden, sondern, wenn sie wollen, selbst zu entscheiden.
- Bürgerinitiativen werden mit ihren Forderungen an die Gemeinde ernst genommen und erhalten ein Instrument zu ihrer Durchsetzung, müssen sich aber an der Meinung der Gesamtheit der Bürger messen lassen.
- Die Gemeinde kann der Bevormundung durch die Staatsbürokratie mit einem klaren Bürgervotum entgegentreten.

2. Verbandsklage

Die Gemeinde R.-H. hat Bauland in landschaftlich reizvoller Lage ausgewiesen. Durch die Bebauung wird die Landschaft zersiedelt. Da es in der Gemeinde keinen unmittelbar negativ betroffenen Bürger gibt, kann auch nicht geklagt werden. Das Allgemeininteresse bleibt auf der Strecke.

Die bayerischen Sozialdemokraten fordern die Einführung der Verbandsklage. Sie soll bestimmten Verbänden die Möglichkeit geben, dann Klage zu erheben, wenn durch Verwaltungsentscheidungen übergeordnete Gesichtspunkte nicht hinreichend berücksichtigt sind.

Eine 74-jährige Rentnerin aus Nürnberg muß sich eine Niere herausoperieren lassen. In ihrem Schock vergißt sie, das Versorgungsamt vorher zu unterrichten. Dennoch wäre das Amt bereit, die Kosten zu übernehmen, denn es erkennt die Notsituation. Das vorgesetzte Landesversorgungsamt aber lehnt ab.

Erst die Intervention eines Landtagsabgeordneten beim zuständigen Minister kann ihr helfen.

Die Stadt B. in Oberfranken hat eigens einen Ausschuß eingerichtet, der über die Gestaltung einer Fußgängerzone beschließt. Die Pläne gefallen der zuständigen Bezirksregierung nicht. Sie schreibt vor, wie die Beleuchtungskörper und das Pflaster auszusehen haben.

Vor fünfzehn Jahren hatte die Stadt S. eine städtische Berufsschule. Durch zu geringe Zuschüsse hat der Staat diese Einrichtung mehr oder weniger ausgehungert. Schließlich mußte ihm die Stadt die Schule zur Übernahme anbieten.

Herbert S. ist Personalrat bei einer Bundesbehörde. Zusammen mit seinen übrigen Personalratskollegen kann er mitbestimmen, ob z. B. Großraumbüros eingerichtet werden oder nicht, ob eine Stechuhr eingeführt wird oder nicht. Von einer solch wirkungsvollen Vertretung der Arbeitnehmer kann sein bayerischer Kollege Alois F. nur träumen. In Bayern entscheidet nämlich der Dienstherr über derartige Angelegenheiten. Über die Auffassung des Personalrats kann er ohne weiteres hinweggehen.

3. Entbürokratisierung

Das Problem der Verbürokratisierung muß auch dadurch angegangen werden, daß man endlich „Wasserköpfe“ abbaut. Wenn weniger Straßen gebaut werden, können bei der Straßenbaubehörde Stellen abgezogen und dafür beispielsweise im Sozialbereich neue geschaffen werden. So ist die gesamte Staatsverwaltung daraufhin abzuklopfen, wo überflüssige Planstellen vorhanden sind und andererseits für den Bürger notwendige Einrichtungen fehlen.

Sozialdemokraten fordern:

- **Abbau unsinniger gesetzlicher Regelungen;**
- **Entrümpelung von Richtlinien, die bürgernahe Arbeit verhindern;**
- **unkompliziertere Beratungs-, Bearbeitungs- und Überprüfungsvorgänge;**
- **Verlagerung von Zuständigkeiten nach unten, insbesondere in die kommunale Ebene.**

4. Gemeindliche Selbstverwaltungsfreiheit statt einer Politik der „goldenen Zügel“

Sozialdemokraten fordern:

- **Der Staat soll seine Zuschüsse den Gemeinden zur freien Verfügung übergeben und nicht in sie hineinregieren. Das Argument, mit projektbezogenen Zuschüssen wolle der Staat einen Ausgleich zwischen finanzstarken und finanzarmen Gemeinden schaffen, ist falsch: Dies ist Aufgabe des Finanzausgleichsgesetzes.**
- **Stadt- oder Gemeinderäte müssen selbst entscheiden, welche Projekte vordringlich sind und wie sie aussehen sollen.**
- **Zuschüsse dürfen nicht an den Geschmack von Staatsbeamten gebunden werden, die sie bewilligen.**

5. Mitbestimmung im öffentlichen Dienst

Die gewerkschaftliche Forderung nach Mitbestimmung wird bei den bayerischen Sozialdemokraten großgeschrieben. Im Bereich des öffentlichen Dienstes hat der Staat die Möglichkeit, dies zu regeln.

Die bayerische SPD fordert deshalb:

- **Neufassung des bayerischen Personalvertretungsgesetzes, die zumindest die gleichen Mitbestimmungsrechte bringt, die das Bundespersonalvertretungsgesetz bietet;**
- **Zugang der Gewerkschaften zu Personalversammlungen und Personalratssitzungen in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes, also auch im Sicherheitsbereich;**
- **der Verwaltungsrat der Sparkassen muß zu einem Drittel aus Vertretern des Personals bestehen.**

IX. Für bezahlbare Wohnungen – Für ein soziales Bodenrecht

Allein in München sind über 16.000 Anträge auf Zuweisung einer Sozialwohnung gestellt (davon 10.000 Dringlichkeitsfälle), in Nürnberg 14.000. Tatsächlich fehlen sehr viel mehr Sozialwohnungen. Viele Wohnungssuchende melden ihren Bedarf wegen Aussichtslosigkeit nicht an.

Bayerische Sozialdemokraten betrachten das Recht auf Wohnung als ein Grundrecht. Solange nicht jeder Bürger eine menschenwürdige und bezahlbare Wohnung hat, ist dieses Grundrecht nicht erfüllt.

In Ballungs- und Fremdenverkehrsgebieten ist der Mangel an Wohnungen so groß, daß immer noch höhere Preise für Grundstücke und Wohnungen verlangt werden und bezahlt werden müssen. Haushalte mit niedrigem Einkommen können da nicht mehr mithalten.

Wir sagen:

- Wer aus einer Wohnung herausgekündigt wird, weil diese zur Eigentumswohnung wurde,
- wer teure Modernisierungen erdulden muß und dann mit der Verdopplung der Miete konfrontiert wird,
- wer jung ist, einen eigenen Hausstand oder eine Familie gründen will und dafür keine Wohnung findet,

der ist in Not! Diese Not ist existentiell, sie erschüttert den ganzen Lebensplan, sie greift die Menschenwürde an. CSU und FDP sagen, man brauche „mehr Markt“! Markt heißt, daß derjenige, der mehr bieten kann, dem anderen die Ware wegschnappt. Mehr Markt bedeutet für CSU und FDP Steuervergünstigungen für diejenigen, die ohnehin keine Probleme mit Wohnungen haben. Wohnungspolitik, aufgebaut auf allgemeinen Steuervergünstigungen für jede Wohnung an jeder Stelle, löst das Problem immer weniger und ist für den Staat teuer obendrein. Denn Wohnungsnot ist ein Problem von bestimmten Gebieten und Bevölkerungsgruppen.

Bayerische Sozialdemokraten verfolgen daher zwei Schwerpunkte in der Wohnungspolitik und dies mit Nachdruck in Ballungsgebieten:

1. Die billigen Mieten in den alten Wohnungen müssen auch nach Renovierung und Sanierung für die dort lebenden, zumeist einkommensschwache Bevölkerung, erhalten bleiben.
2. Neue Wohnungen – ob Miet- oder Eigentumswohnungen – müssen billiger und auch in der eigenen Regie der Bewohner erstellt werden können.

1. Altbauwohnungen

Sozialdemokraten fordern:

- Die Erhaltungsgebote im Bundesbaugesetz müssen rechtlich wirksamer ausgestaltet und von den Gemeinden auch angewendet werden!
- Die Mietermodernisierung muß rechtlich abgesichert und vom Staat genauso bezuschußt werden, wie die Modernisierung durch Eigentümer!
- Die lasche Handhabung der Zweckentfremdungsverordnung muß endlich aufhören!

Die Rentner-Familie S. lebt seit 40 Jahren in München-Giesing in einer 3-Zimmer-Wohnung. Der Vermieter, eine Wohnungsgesellschaft K., verkauft die Wohnung für 1 800,- DM pro qm als Eigentumswohnung. Die Folge: Erhöhung der Miete um das Dreifache.

- Mieter müssen die rechtliche Möglichkeit erhalten, Modernisierungen, die nicht ihren Vorstellungen entsprechen, zu verhindern!
- Bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen ist ein zehnjähriger Kündigungsschutz zu gewähren!
- Die Wohnumfeldverbesserung in den Altbauquartieren ist in enger Zusammenarbeit mit den Bürgern unter weitgehender Respektierung ihrer Vorstellungen vorzunehmen!
- Die Beratung der Mieter in allen Fragen des Wohnungsrechts, der Wohnungsmodernisierung und der Wohnumfeldverbesserung ist wirkungsvoll zu organisieren!
- Bewohnerinitiativen und Selbsthilfegruppen sind zumindest so zu fördern wie Eigentümer oder Gesellschaften!

2. Neubauwohnungen

Die Baulandpreise sind in München seit 1978 um 104,5% gestiegen – mehr als in allen anderen Jahren zuvor. Die Kosten einer Neubau-Geschoßwohnung stiegen dadurch um 40–70.000 DM. Die Kostenmiete für eine 100-qm-Neubauwohnung erhöht sich allein wegen der Verdoppelung der Baulandpreise um 400 bis 600 DM im Monat.

Bestandserhaltung reicht nicht aus, um allen Bevölkerungsgruppen eine menschenwürdige Behausung zu garantieren. Denn trotz abnehmender Bevölkerung wächst die Zahl der Haushalte bis weit in die 90er Jahre hinein. Vor allem aber leben viele Haushalte in zu kleinen Wohnungen. Beides zusammen bedeutet, daß in den nächsten 10 Jahren noch in erheblichem Umfang Wohnungen neu gebaut werden müssen: hauptsächlich in Ballungsgebieten und Fremdenverkehrsgebieten.

Vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Wohnungspolitik im Neubaubereich ist daher, die Kostenexplosion in den Griff zu bekommen.

Die leistungslosen Gewinne auf dem Grundstücksmarkt müssen endlich unterbunden werden.

Wenn neues Bauland geschaffen wird, müssen in Zukunft die dann eintretenden riesigen Planungswertsteigerungen von den Gemeinden abgeschöpft werden können. Die Eigentümer erhalten im Rahmen einer Umlegung nur noch Bauland im Wert des Kaufpreises für Land ohne Baurecht. Der größere Teil der Flächen geht damit an die Gemeinde über. Bauwillige erhalten diese entweder zum Verkehrswert oder im Erbbaurecht. Darüber hinaus sollen auch Flächen, die bereits im Besitz von Gemeinden und anderen öffentlichen Händen sind, an Bauwillige im Erbbaurecht vergeben werden.

In den Fremdenverkehrsorten ist Bauland für Einheimische auch wegen des Zweitwohnungsbaus fast unerschwinglich geworden. Die ausgedehnten „Rolladen-Siedlungen“ verändern den Charakter der Gemeinde, wofür die einheimische Bevölkerung auch noch zu zahlen hat.

Die CSU hält von alledem nichts. Sie schiebt die Masse der Kleinrentner und Eigenheimer vor, um die leistungslosen Gewinne an Spekulanten und Grundbesitzer zu tarnen. Die SPD dagegen will Eigentum für jeden, vor allem für die, die noch nichts haben. Dazu fordert sie ein soziales Bodenrecht.

Die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus ist ohne zusätzliche Belastung der öffentlichen Haushalte möglich, indem die derzeitigen Steuervergünstigungen für Privilegierte eingeschränkt und sozial umgeschichtet werden.

Sozialdemokraten fordern daher:

- ein soziales Bodenrecht, das Eigentum für alle ermöglicht und leistungslose Gewinne verhindert;
- die Besteuerung von gehortetem Bauland und wirksame Baugebote;
- Vereinfachung der Bauvorschriften; mehr Möglichkeiten zur Selbsthilfe beim Bauen; Förderung von Baugenossenschaften;
- mehr Mittel für den sozialen Mietwohnungsbau; Beseitigung von Fehlentwicklungen bei den Steuervergünstigungen, u. a. im sog. Bauherrenmodell;
- eine soziale Ausgestaltung der Steuervergünstigung für Eigentumsbildung (7b-Vergünstigung) durch Minderung der Steuerschuld und Festbeträge;
- Genehmigung von Gemeinde-Satzungen mit Besteuerung eigengenutzter Zweitwohnungen (Zweitwohnungssteuer in Fremdenverkehrsgemeinden).



X. Für Bayern als Teil der Bundesrepublik und Europas

Susanne G. hat im CDU-regierten Niedersachsen ihr Abitur bestanden. Dennoch darf sie in Bayern nicht studieren. Sie hatte die notwendigen zwei Fremdsprachen nicht gleichzeitig, sondern nacheinander erlernt. Den Prozeß in der ersten Instanz hat Susanne G. inzwischen gewonnen – und ein Semester dabei verloren.

Am 20. Juni 1979 hat die Bayerische Staatsregierung erklärt, daß sie der Einführung der Gesamtschule als Regelschule weder in Bayern noch anderswo zustimmt.

Zum 31. Dezember 1979 kündigte die Bayerische Staatsregierung die Mitgliedschaft des Freistaats in der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) auf, die 1970 auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann von Bund, Ländern sowie den Kirchen und bedeutenden gesellschaftlichen Verbänden gegründet worden war.

Bayern hat seine Eigenständigkeit bis heute bewahrt und betont. Daran haben die bayerischen Sozialdemokraten, die älteste demokratische Kraft in Bayern, einen entscheidenden Anteil. Wir bekennen uns auch heute zur Eigenständigkeit Bayerns und zum Föderalismus. Föderalismus darf allerdings nicht zu einer separatistischen Politik gegenüber anderen Ländern oder zu einer Obstruktionspolitik gegenüber dem Bund führen, wie es die CSU und die von ihr getragene Staatsregierung immer wieder vorführen.

1. Bayern ist für uns mehr als ein geographischer Raum. Die Eigenstaatlichkeit Bayerns im Rahmen einer föderativen Verfassung gilt es auch zukünftig zu bewahren; allen Tendenzen, die Eigenstaatlichkeit der Länder abzubauen, werden wir mit Entschiedenheit entgegenzutreten.

Die Rechte der Länder und ihre Verantwortlichkeit müssen vielmehr gestärkt werden. Der Föderalismus der Bundesrepublik ist eine wichtige Voraussetzung, um die Machtausübung im demokratischen Staat aufzuteilen und besser zu kontrollieren. Wir bayerischen Sozialdemokraten werden auch gegenüber einer sozialdemokratisch geführten Bundesrepublik die Interessen Bayerns nachdrücklich vertreten. Wir bejahen zugleich die Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und den Wettbewerb mit den übrigen Bundesländern, deren Eigenständigkeit wir respektieren. Der Föderalismus darf weder gegenüber der Bundesregierung noch gegenüber den Bundesländern zum Instrument der Obstruktion und der Blockade werden. Dies gilt insbesondere im Bereich der Bildungspolitik. Der bildungspolitische Separatismus der CSU verhinderte in Bayern und indirekt auch außerhalb Bayerns ausreichende Versuche mit der Gesamtschule.

Die CSU verhinderte auch zum Schaden der Freizügigkeit von Eltern und Schülern die bundesweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen. Die CSU boykottiert das Schulbuchabkommen der Bundesrepublik mit Polen und verordnet für Atlanten Grenzen, die gewalttätig anmuten, sofern sie jemand als Anweisung zum Handeln versteht. Bayern darf nicht in ein bundespolitisches Abseits geraten. Es gilt deshalb, Bayerns Weltoffenheit gegen Überheblichkeit, Eigenbrötelei, Unduldsamkeit und separatistische Neigungen der Konservativen zu verteidigen.

2. Wer für Bayern Eigenständigkeit im Namen einer föderativen Verfassung beansprucht, darf den Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken nicht mit innerbayerischem Zentralismus begegnen. Wir werden uns deshalb im Interesse der Machtverteilung und der Machtkontrolle gegen die systematische Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung und ihre Gängelung durch die CSU energisch wehren.

Auch die einzelnen Teile Bayerns haben das Recht, ihre Eigenständigkeit und ihren kulturellen Reichtum zu bewah-



ren. Die CSU in der Regierungsverantwortung behandelt jedoch die einzelnen Teile Bayerns als Provinzen der Münchner Ministerialbürokratie.

3. Nur ein Bayern, das nicht in Obstruktion zum Bund steht, kann seine Brückenfunktion zum Osten und zum Südosten Europas erfüllen. Wer wie die CSU die Entspannungs- und Friedenspolitik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung bekämpft, zementiert die Randlage Bayerns und verhindert, daß die Chancen, die sich aus der besonderen Lage des Freistaats ergeben können, genützt werden.

Wir bayerischen Sozialdemokraten bekennen uns dagegen zu der Aufgabe, alle Möglichkeiten zum Gespräch, zu wirtschaftlichen Bindungen und zum Ausgleich mit den Nachbarn auch im Osten und Südosten Europas zu suchen. Unser Ziel ist ein friedliches Bayern in einer friedlichen Bundesrepublik, das allen ein ehrlicher und guter Nachbar sein soll.